



www.goetzpeter.de

Bericht aus Berlin

5 / 2012

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Aus dem Bundestag

Anstieg der Stromkosten soll gebremst werden

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche in 1. Lesung das „Gesetz zur Änderung des Rechtsrahmes für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der Erneuerbaren Energien“ diskutiert. Damit soll das geltende Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geändert werden. Ziel des Gesetzentwurfes von CDU/CSU und FDP ist es, die Vergütung für Photovoltaikstrom an die gesunkenen Systempreise anzupassen. So werden die Kosten für die Verbraucher wirksam begrenzt. Wir reagieren damit auf den erheblichen Zubau von Photovoltaikkapazitäten im vergangenen Jahr. Gleichzeitig sollen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in diese Zukunftsbranche erhalten werden. Um den künftigen Zubau zurückzuführen, erfolgt eine Einmalabsenkung der Vergütungshöhe für neue Anlagen nach Anlagengröße gestaffelt um durchschnittlich 20 % bei PV-Dachanlagen und um durchschnittlich 25 Prozent bei Freiflächenanlagen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass durch den Degressionsmechanismus im geltenden EEG zum 1. Juli 2012 ohnehin eine Absenkung der Vergütung um 15 Prozent erfolgt wäre. Insofern fällt die nun geplante zusätzliche Reduzierung der Vergütung moderat aus. Die Vergütungsdegression erfolgt zudem künftig nur noch monatlich, nicht jährlich und beträgt 0,15 Cent pro Kilowattstunde. Um Photovoltaikanlagen stärker an den Markt heranzuführen, soll nur noch ein bestimmter Prozentsatz der in der Anlage produzierten Strommenge förderfähig sein. Kleine Dachanlagen bis zehn Kilowatt Leistung erhalten die EEG-Vergütung nur für 85 Prozent der im Kalenderjahr erzeugten Strommenge, bei allen anderen Anlagen soll die vergütungsfähige Strommenge auf 90 Prozent festgelegt werden. Darüberhinaus erzeugter Strom muss künftig selbst genutzt oder vermarktet werden.

Um in Zukunft schneller auf die Marktentwicklung reagieren zu können, soll das Bundesumweltministerium ermächtigt werden, im Einvernehmen mit dem Bundeswirtschaftsministerium mit einer Verordnung kurzfristig nachzusteuern. Mit der neuen Verordnungsregelung werden im Falle der Über- oder Unterschreitung des jeweils geplanten Zubaus flexible Änderungen der Vergütungshöhe ermöglicht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat darüber hinaus ein deutliches Signal für den Vertrauensschutz gesetzt, indem sie sich für eine Ausweitung der Übergangsregelungen eingesetzt hat. Es ist absehbar, dass diese Regelungen zu einem höheren Zubau bei PV-Anlagen in der Übergangsphase führen werden. Gleichwohl sind die Anpassungen richtig, denn wir stehen gerade auch für Investitionssicherheit und Vertrauensschutz.

Anteil der Gemeinden an Einkommensteuer neu verteilt

Der Bundestag hat in dieser Woche eine Neuverteilung des Anteils der Gemeinden an der Einkommensteuer beschlossen. Grundlage hierfür bilden aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes. Dadurch soll den Zielen der Gemeindefinanzreform entsprochen werden: Verteilung von Steuern auf Grundlage des örtlichen Aufkommens, Nivellierung der Steuerkraft bei Gemeinden gleicher Funktion und Größe, Wahrung des Steuerkraftgefälles bei Gemeinden unterschiedlicher Funktion und Größe. Das Gesetzentwurfen wurde auch dazu genutzt, andere wichtige Steuerfragen zu regeln. Bislang bestand z.B. Unsicherheit, wie sog. Home Use Programme steuerlich zu behandeln sind. Es ist vorgesehen, dass diese geldwerten Vorteile für den Arbeitnehmer steuerfrei gestellt werden. So wird Arbeitnehmern der Umgang mit betrieblicher Software vereinfacht.

Weitere Informationen: www.cducsu.de

Parlamentsdeutsch...

Bundesversammlung: Die Bundesversammlung ist die größte parlamentarische Versammlung der Bundesrepublik. Sie kommt in der Regel alle fünf Jahre zusammen, um den Bundespräsidenten zu wählen. Die Bundesversammlung besteht aus den Abgeordneten des Bundestages und der gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Landesparlamenten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Zahl der von den einzelnen Landesparlamenten zu wählenden Mitglieder hängt von den Bevölkerungszahlen der Länder ab. Die 14. Bundesversammlung 2010 hatte 1.244 Mitglieder.

Nachrichten

AG Kommunal diskutiert Novelle zum Personenbeförderungsgesetz



In dieser Woche hatte der kommunalpolitische Sprecher und Vorsitzende der AG Kommunal, Peter Götz, Volkmar Vogel MdB als Berichterstatter zum Personenbeförderungsgesetz eingeladen, um über den aktuellen Stand der Novelle zu berichten.

Stiftungspreis 2012

Peter Götz informiert über den Stiftungspreis 2012 der Stiftung „Lebendige Stadt“: Unter dem Slogan **„Die barrierefreie Stadt: Eigenständigkeit, Mobilität, Teilhabe“** ruft die Stiftung „Lebendige Stadt“ in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und mit Förderung der Deutschen Bahn AG Städte und Gemeinden auf, sich um den Stiftungspreis 2012 zu bewerben.

Götz: „Konzepte und Projekte sind preiswürdig, die es den Menschen ermöglichen oder erleichtern, sich am Stadtleben zu beteiligen. Dazu zählen z.B. die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Gebäuden und Infrastruktur oder die Erreichbarkeit von Dienstleistungen und Kommunikationseinrichtungen“. Laut Götz wird die „barrierefreie Stadt“ dabei nicht nur unter dem Aspekt der Behinderten- oder Seniorengerechtigkeit gesehen. „Es geht auch um die Beseitigung oder Vermeidung von physischen, sozialen und kommunikativen Barrieren für alle Menschen. Eine höhere Eigenständigkeit und die größtmögliche Mobilität in der Kommune sowie eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sollen gefördert werden“, begründet der Rastatter Parlamentarier die Ziele des Wettbewerbs. Wie Götz informiert, sucht die Stiftung nach Konzepten und Projekten, die bereits realisiert wurden. Das Anliegen sei „Best-practice-Beispiele“ zu würdigen und zu fördern. Insgesamt ist eine Preissumme von 15.000 Euro ausgesetzt.

Die Bewerbungen sind bis zum **30. April 2012** zu senden an: **Stiftung Lebendige Stadt“, Saseler Damm 39, 22395 Hamburg**

Koalitions-Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“

Als kommunalpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist Peter Götz Mitglied in der von den Bundestagsfraktionen CDU/CSU und FDP neu gegründeten Arbeitsgruppe "Ländliche Räume". Götz: "Auch in unserer mittelbadischen Region ist der demografische Wandel seit längerem spürbar. Die Geburtenraten sind rückläufig, vielen Unternehmen fehlen qualifizierte Arbeitskräfte. Dem muss entgegen gesteuert werden. Deshalb haben die Regierungsfaktionen von CDU/CSU und FDP eine neue Arbeitsgruppe "Ländliche Räume – regionale Vielfalt" eingesetzt." Götz: "Wir brauchen die intensive Nutzung von Lebensarbeitszeitkonten für altersgerechte Arbeit, vermehrte Anstrengungen für die Kinderbetreuung vor Ort und die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Hierbei kommt auch der Wirtschaft und den Kommunen eine, entscheidende Rolle zu." Zu den Themenschwerpunkten der Arbeitsgruppe Ländliche Räume gehören u.a. eine gleichwertige soziale Entwicklung. Die Koalition geht bereits gegen den Ärztemangel auf dem Lande vor, etwa mit der Verbesserung der Vergütungsstruktur für Landärzte. Das kann nur ein Anfang sein. Der Schlüssel für die Stabilisierung der ländlichen Räume ist eine gute Infrastruktur, eine gesunde Wirtschaft und gute Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden.

Mehr Informationen zu der Arbeitsgruppe und den beteiligten Mitgliedern sind zu finden unter

www.cducsu.de/laendliche-raeume

Einige interessante Daten und Fakten...

Außeruniversitäre Ausgaben für Forschung und Entwicklung in 2010 gestiegen

Rund 10,4 Milliarden Euro gaben außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im Jahr 2010 für Forschung und Entwicklung aus. Dies entspricht laut dem Statistischen Bundesamt einem Anstieg von 4,2% gegenüber dem Vorjahr. Ebenso stieg die Anzahl der außeruniversitären Vollzeitmitarbeiter in Forschung und Entwicklung um 4,5% (90.500 Mitarbeiter). Der Großteil (73,4%) der Ausgaben für außeruniversitäre Forschung wurde in den Bereichen Naturwissenschaften (4,8 Milliarden Euro) und Ingenieurwissenschaften (2,8 Milliarden Euro) getätigt. 1,3 Milliarden Euro (12,7%) der Forschungsausgaben entfielen auf die Geistes- und Sozialwissenschaften. Ferner entfielen 800 Millionen Euro (8,1%) auf die Humanmedizin und 600 Millionen Euro (5,7%) auf die agrarwissenschaftliche Forschung. Insgesamt kamen 14,8% der gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland außeruniversitären Forschungseinrichtungen zugute, während 18% der Ausgaben auf die Forschung an Universitäten entfiel. Insgesamt wurden 2010 in 69,9 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aufgewendet.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Tariferhöhungen dank guter Konjunktur

Die gute Konjunktur schlug sich im vorigen Jahr auch positiv in den Tarifabschlüssen nieder, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Wie bereits in der ersten Jahreshälfte 2011 beschlossen die Tarifparteien auch im zweiten Halbjahr Tariferhöhungen von 3% und mehr. So stiegen die Tarifverdienste der Beschäftigten in der Holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie ab November 2011 um 4% sowie in der Eisen- und Stahlindustrie ab Dezember 2011 um 3,8%. In der westdeutschen Bekleidungs- und Textilindustrie wurde eine Tariferhöhung um 3,6% ab Oktober 2011 vereinbart - Betriebe können die Tariferhöhung bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten bis zum 30. April 2012 allerdings auf bis zu 1,5% absenken. Die Tariferhöhungen konnten aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage vorgezogen werden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Arbeitszeitpolster wieder gefüllt

Die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer nahm 2011 um 0,5% zu und erreichte damit fast wieder das Vorkrisenniveau, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. So leisteten die vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer durchschnittlich 1.330 Arbeitsstunden, also etwa sieben Stunden mehr als im Vorjahr. Der Stand auf den Arbeitszeitkonten stieg im Jahresverlauf 2011 um 3,6 Stunden je Arbeitnehmer. Je Arbeitnehmer wurden außerdem knapp zwei bezahlte Überstunden mehr geleistet als im Jahr 2010. Damit sind die zur Stabilisierung der Beschäftigung während der Krise reduzierten Arbeitszeitpolster nahezu voll wieder aufgebaut. Dementsprechend nahm auch die Zahl der Kurzarbeiter kräftig ab: sie lag im Jahresmittel bei 150.000, während sie 2010 noch bei einer halben Million gelegen hatte. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg um knapp 100.000 (+ 0,7%) und auch die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahm um 400.000 (+ 1,7%) zu.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)